

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

10. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. August 1956

Nummer 40

Datum	Inhalt	Seite
1. 8. 56	Polizeiverordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte	201
7. 7. 56	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des § 179 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz-LBG) vom 15. Juni 1954 (GV. NW. S. 237) mit der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen	252
24. 7. 56	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Fremdenverkehrsstatistik im Lande Nordrhein-Westfalen	252

Polizeiverordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte.

Vom 1. August 1956.

Auf Grund der §§ 14, 25, 31 Abs. 3 und 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) und des § 1 Abs. 1, § 2, § 4 des Gesetzes betr. die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen vom 8. Juli 1905 (Gesetzsamml. S. 317) in der Fassung vom 11. Juni 1934 (Gesetzsamml. S. 315) wird für das Land Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Verkehr verordnet:

I.

Geltungsbereich

§ 1

(1) Dieser Verordnung unterliegen

- a) alle gewerbsmäßig hergestellten Feuerlöschmittel,
- b) alle tragbaren oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbaren Feuerlöschgeräte, soweit sie unabhängig von anderen Geräten zur Bekämpfung von Schadenfeuer verwendbar sind.

(2) Die Verordnung findet keine Anwendung auf Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte, die zur Verwendung im Bergbau unter Tage bestimmt sind.

II.

Typprüfung und Zulassung

§ 2

(1) Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte im Sinne des § 1 Abs. 1 dürfen zur Verwendung im Lande Nordrhein-Westfalen nur hergestellt und vertrieben werden, wenn sie nach der Typprüfung gemäß § 3 durch den Innenminister zugelassen worden sind. Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn das Typenmuster den Normvorschriften und den Prüfungsgrundsätzen (§ 3 Abs. 2 und 3) nicht entspricht.

(2) Die Zulassung wird dem Hersteller widerruflich erteilt. Sie kann Bedingungen oder Auflagen für Herstellung und Vertrieb enthalten. Dem Hersteller ist gleichzuzachten, wer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hergestellte Feuerlöschmittel und -geräte einführt.

(3) Die Zulassung wird im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

§ 3

(1) Die Prüfung der Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte wird von der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte bei der Landesfeuerwehrschaule des

Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Der Antragsteller ist verpflichtet, der Prüfstelle die zur Durchführung der Prüfung erforderlichen Unterlagen, Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte nebst Zubehör zum Gebrauch zu überlassen. Die Prüfung ist kostenpflichtig nach Maßgabe einer Gebührenordnung, die der Innenminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister erläßt.

(2) Feuerlöschmittel können nur zugelassen werden, wenn sie zur Verwendung in amtlich zugelassenen Feuerlöschgeräten, in Löschfahrzeugen oder in ortsfesten Feuerlöschanlagen bestimmt sind. Das Löschmittel darf bei ordnungsgemäßer Verwendung und bei vorschriftsmäßiger Handhabung des Löschgerätes nicht gesundheitsschädlich sein; es muß so beschaffen sein, daß weder ein Versagen des Löschgerätes noch eine Verminderung der Löschleistung infolge chemischer oder physikalischer Veränderung des Löschmittels eintritt.

(3) Für die Feuerlöschgeräte bestimmt der Innenminister auf Grund der Normvorschriften und der anerkannten Regeln der Feuerlöschtechnik die Grundsätze, nach denen die Prüfung durchzuführen ist, um die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Geräte zu gewährleisten. Die Normvorschriften und die Prüfungsgrundsätze sind im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen zu veröffentlichen.

§ 4

Die Prüfstelle ist berechtigt, Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte aus der laufenden Fertigung bei dem Hersteller auf Übereinstimmung mit dem zugelassenen Typenmuster zu prüfen. Ergeben sich hierbei Abweichungen von der zugelassenen Mustertyp ohne Zustimmung der Amtlichen Prüfstelle, so kann die Typenzulassung widerrufen werden.

III.

Nachfüllen und Instandsetzen von Feuerlöschgeräten

§ 5

Soweit durch Gesetz oder auf Grund gesetzlicher Ermächtigung die Bereithaltung der in § 1, Abs. 1 bezeichneten Feuerlöschgeräte vorgeschrieben ist, hat sie der Besitzer in gebrauchsfähigem Zustand zu erhalten. Beim Nachfüllen und Instandsetzen dieser Feuerlöschgeräte müssen die Leistungswerte und technischen Merkmale, die der jeweiligen Typ-Zulassung zugrunde lagen, gewährleistet bleiben.

IV.

Ahndung von Zuwiderhandlungen, Inkrafttreten

§ 6

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Polizeiverordnung wird ein Zwangsgeld bis zu 150,— DM angedroht.

§ 7

Die Polizeiverordnung tritt am 1. November 1956 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Polizeiverordnung über Handfeuerlöcher und sonstige von Hand tragbare Feuerlöschgeräte vom 19. September 1941 (RGBl. I S. 574) außer Kraft.

Düsseldorf, den 1. August 1956.

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:
Biernat.

— GV. NW. 1956 S. 201.

Entscheidung

des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des § 178 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz — LBG) vom 15. Juni 1954 (GV. NW. S. 237) mit der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Vom 7. Juli 1956.

Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 7. Juli 1956 — VGH 5/55 — in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde

der Stadt Salzuflen,
Stadt Barntrup,
Stadt Blomberg, Kreis Detmold,
Stadt Bünde (Westf.),
Stadt Detmold,
Stadt Gütersloh,
Stadt Horn (Lippe),
Stadt Kamp-Lintfort,
Alten Hansestadt Lemgo,
Stadt Oerlinghausen, Kreis Lemgo,
Stadt Paderborn,
Stadt Schötmar, Kreis Lemgo,
Stadt Siegburg,
Stadt Soest,

— auf Grund der Behauptung, daß § 178 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Juni 1954 (GV. NW. S. 237) die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der Selbstverwaltung verletze — wird nachfolgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 178 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Juni 1954 (GV. NW. S. 237) ist nichtig, soweit es die kreisangehörigen Städte betrifft.

Diese Entscheidung hat Gesetzeskraft.

Düsseldorf, den 27. Juli 1956.

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:
Biernat.

— GV. NW. 1956 S. 202.

Verordnung

zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Fremdenverkehrsstatistik im Lande Nordrhein-Westfalen.

Vom 24. Juli 1956.

Auf Grund des § 7 des Gesetzes über Fremdenverkehrsstatistik im Lande Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 1950 (GV. NW. S. 191) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Verkehr verordnet:

§ 1

Die Anlage 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Fremdenverkehrsstatistik im Lande Nordrhein-Westfalen vom 19. Januar 1951 (GV. NW. S. 9) erhält folgende Fassung:

Verzeichnis der Fremdenverkehrsgemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen.

Regierungsbezirk Aachen:

Aachen	Jülich
Abenden	Kall
Arsbeck (Krs. Erkelenz)	Kalterherberg
Blankenheim (Ahr)	Kornelimünster
Dreiborn	Kronenburg
Düren	Langerwehe
Erkelenz	Linnich
Eschweiler	Monschau
Geilenkirchen	Nettersheim
Gemünd-Eifel	Nideggen
Gressenich	Rurberg (Krs. Monschau)
Hausen (Krs. Schleiden)	Schleiden
Heimbach	Schmidt (Krs. Monschau)
Heinsberg	Stolberg (Rhld.)
Hellenthal	Udenbreth
Herzogenrath	Urft
Höfen	Wahlen
Hollerath	Wassenberg
Imgenbroich	Wegberg

Regierungsbezirk Arnsberg:

Allendorf (Krs. Arnsberg)	Gevelsberg
Altastenberg (Krs. Brilon)	Grafenschaft
Altena (Krs. Altena)	Grevenbrück
Amecke (Krs. Arnsberg)	Günne
Arnsberg	Hachen (Krs. Arnsberg)
Attendorn-Land (Krs. Olpe)	Hagen i. Westf.
Attendorn-Stadt	Hallenberg
Balve	Halver
Belecke (Möhne)	Hamm i. Westf.
Berleburg	Hattingen (Ruhr)
Blankenstein a. d. Ruhr	Helden
Bochum	Helminghausen
Bödefeld, Freiheit (Krs. Meschede)	Hemer
Brauersdorf	Herne
Breckerfeld	Herscheid
Bredelar (Krs. Brilon)	Hesselbach
Bredenscheid-Stüter	Hilchenbach
Brilon	Hohenlimburg
Bruchhausen (Krs. Brilon)	Iserlohn
Burbach mit Wiederstein	Kirchhundem
Calle (Krs. Meschede)	Kirchveischede mit Bilstein
Castrop-Rauxel	Klaffe
Dahl (Ennepe-Ruhr-Kreis)	Körbecke (Krs. Soest)
Dahlbruch	Laasphe mit Niederlaasphe
Delecke (Krs. Soest)	Langewiese
Dortmund	Langscheid (Krs. Arnsberg)
Drolshagen-Land	Letmathe
Drolshagen-Stadt	Lippstadt
Eiserfeld	Lüdenscheid-Land
Elpe (Krs. Olpe)	Lüdenscheid-Stadt
Ennepetal	Lünen
Erndtebrück	Medebach
Erwitte	Meinerzhagen
Eslohe	Menden (Krs. Iserlohn)
Fischelbach	Meschede-Stadt
Fleckenberg mit Jagdhaus	Nachrodt-Wiblingwerde (Krs. Altena)
Fredeburg	Neheim-Hüsten
Freienohl (Krs. Arnsberg)	Neuastenberg
Freudenberg	Neuenrade
Fröndenberg	Niedermarsberg
Geseke	Niedersfeld

Oberhundem	Struthütten
Oberkirchen mit Nordenau	Sundern (Krs. Arnsberg)
Obersdorf	Unna
Oestrich (Krs. Iserlohn)	Valbert
Oeventrop	Wanne-Eickel
Olpe-Stadt	Wamel
Olsberg	Warstein (Krs. Arnsberg)
Plettenberg	Wattenscheid
Reiste	Weidenau
Rüthen	Wenholthausen
Saalhausen	Werdohl
Bad Sassendorf	Werl
Schalksmühle	Westerkotten
Schmallenberg	Wiemeringhausen
Schönholthausen	Winterberg
Schweim	Witten
Schwerte	Würgendorf
Siedlinghausen	Zinse
Siegen	Züschen
Soest	

Regierungsbezirk Detmold:

Altenbeken	Leopoldstal
Amelunxen	Bad Lippspringe
Asmissen	Lübbecke
Barkhausen a. d. Porta	Lügde
Barntrup	Bad Meinberg
Beriebeck	Minden
Beverungen	Neuhaus (Krs. Paderborn)
Bielefeld	Oerlinghausen
Blomberg	Bad Oeynhausen
Borgholzhausen	Ostbarnhausen
Bösingfeld	Ottbergen
Brackwede	Paderborn
Brakel	Pivitsheide V. L.
Bünde	Pönsen
Büren	mit Bad Hermannsborn
Detmold	Preuß. Oldendorf
Bad Driburg	Rahden
Dünne	Rheda
mit Randringhausen	Rothenuffeln
Enger	Sabbenhausen
Ennigloh	Salzkotten
Gütersloh	Bad Salzuflen
Halle i. Westf.	Scherfede
Hausberge a. d. Porta	Schieder mit Wöbbel
Heiligenkirchen	Schölar
Herford	Schwalenberg
Herzebrock	Sekholz
Hiddesen (Krs. Detmold)	Silixen
Hillentrup	Steinheim
Holzhausen	Stukenbrock
(Krs. Lübbecke)	Valdorf mit
Holzhausen-Externsteine	Bad Seebruch und
Horn (Krs. Detmold)	Bad Senkelteich
Hörste (Krs. Detmold)	Versmold
Höxter	Vlotho
Hüllhorst	Warburg
Kohlstadt	Wiedenbrück
Lage (Krs. Detmold)	Willebadessen
Laßbruch mit Kükenbruch	Wünnenberg
Lemgo	

Regierungsbezirk Düsseldorf:

Alpen	Dabringhausen
Brüggen	Dhünn
Burg a. d. Wupper	Dinslaken
Burscheid	Duisburg

Dülken
Düsseldorf
Emmerich
Essen
Geldern
Goch
Grevenbroich
Haan
Heiligenhaus
Hilden
Hinsbeck
Hösel
Hückeswagen
Kalkar
Kapellen (Krs. Geldern)
Kempen
Kettwig
Kevelaer
Kleve
Krefeld
Langenberg (Rhld.)
Leichtingen
Leverkusen
Lobberich
Marienbaum

Regierungsbezirk Köln:

Bedburg	Lieberhausen
Bensberg	Lindlar
Bergisch Gladbach	Marienberghausen
Bergneustadt	Marienheide
Beuel	Meckenheim
Bonn	Morsbach
Brühl	Much
Dattenfeld	Münstereifel
Denklingen	Neunkirchen (Siegkreis)
Drabenderhöhe	Niederdollendorf
Eckenhagen	Nümbrecht
Eitorf	Oberdollendorf
Engelskirchen	Oberkassel (Siegkreis)
Euskirchen	Oberpleis
Gimborn	Odenthal
Bad Godesberg	Overath
Gummersbach	Porz
Halberg	Rheinbach
Heisterbacherrott	Rondorf
Hennef (Sieg)	Rösrath
Herchen (Sieg)	Ründeroth
Hohkeppel	Ruppichteroth
Bad Honnef	Seelscheid
Kluppelberg	Siegburg
Köln	Troisdorf
Königswinter mit	Wahlscheid (Siegkreis)
Agidienberg und	Waldbröl
Ittenbach	Wiel
Kürten	Winterscheid
Lauthausen	Wipperfurth

Regierungsbezirk Münster:

Ahaus	Bottrop
Ahlen	Burgsteinfurt
Beckum-Stadt	Coesfeld-Stadt
Billerbeck-Stadt	Dümen (Krs. Coesfeld)
(Krs. Coesfeld)	Emsdetten
Bocholt	Gelsenkirchen
Borghorst	Gescher
Borken	Gladbeck

Gronau i. Westf.	Ochtrup
Haltern-Stadt	Oelde
Havixbeck	Recke mit Bad Steinbeck
Horstmar	Recklinghausen
Ibbenbüren-Stadt	Rheine-Stadt
Legden	Riesenbeck
Lengerich	Tecklenburg
Liesborn	Teigie-Stadt
Lüdinghausen-Stadt	Vreden
Metelen	Warendorf
Münster i. Westf.	Werne a. d. Lippe

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1956 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Fremdenverkehrsstatistik im Lande Nordrhein-Westfalen vom 4. September 1953 (GV. NW. S. 343) außer Kraft.

Düsseldorf, den 24. Juli 1956.

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:

Biernat.

— GV. NW. 1956 S. 202.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseltiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 3,50 DM, Ausgabe B 4,20 DM.